

VERBAND DER SCHWEIZER JOURNALISTEN
FÉDÉRATION SUISSE DES JOURNALISTES
FEDERAZIONE SVIZZERA GIORNALISTI

ZENTRALVORSTAND
COMITÉ CENTRAL
COMITATO CENTRALE

POSTFACH NR. 2471
3001 BERN

POSTCHECKKONTO 30-9316 BERN

an	AE BR				a/a
TELEPHON 226131					
Datum	23.23				22
Visa	AK BR				AK
EFD	= 2. März 1977				
Ref.	D. B. 72.9.15.1. (3). 1				

Bern, 1. März 1977

Herrn
Dr. E. A n d r e s
Chef Information und Presse EPD
Bundeshaus-West

3003 B e r n

Nachfolgekonferenzen zur KSZE, Kapitel "Information" der Schlussakte von
Helsinki.

Sehr geehrter Herr Doktor,

Unter Bezugnahme auf unsere Korrespondenz und verschiedene Sitzungen in oben erwähnter Angelegenheit erlauben wir uns, Ihnen mitzuteilen, dass wir, um völlig à-jour zu sein, noch einmal bei wichtigsten Tageszeitungen, Wochenblättern und Illustrierten eine Umfrage durchgeführt haben, auch mit der Bitte, allfällige Initiativen für Belgrad vorzuschlagen. Die Antworten haben in Bezug auf die t a t s ä c h l i c h e n V e r h ä l t n i s s e ergeben, dass unsere Mitteilungen vom 19.5.1976 nicht nur noch volle Gültigkeit haben, sondern, dass die Lage sich seit dem Mai letzten Jahres noch verschlechtert hat. Da wir glauben, dass das Kapitel "Information" vom grundsätzlichen Standpunkte aus das wichtigste des 3. Korbes der Schlussakte von Helsinki darstellt, sehen wir uns veranlasst, auf den vollständigen Misserfolg der KSZE gerade im Bereiche der Medien nachdrücklich hinzuweisen. An dieser Tatsache kann der Umstand nichts ändern, dass bei den elektronischen Medien zum Teil zusätzliche Austausche kultureller, folkloristischer und sportlicher Programme stattgefunden haben. Der wesentliche Teil auf dem Gebiete der Information besteht nun einmal nicht in der Darstellung kultureller und sportlicher Ereignisse, welche im Gegenteil in allen Diktaturen propagandistisch bekanntlich ausgeschlachtet werden. Auch die Tatsache, dass im Winter 1975/76 erstmals israelische und spanische Journalisten an Skiwettkämpfen Medienschaffender in Polen teilgenommen haben, vermag die negative Bilanz nicht zu verbessern.

Ergänzend zu unseren Mitteilungen vom 19.5.1976 müssen wir auf folgende Einzelheiten hinweisen:

— Schweizerischen Journalisten und Korrespondenten in den Ostblockländern, vor allem in der Sowjetunion, dürfen nach wie vor beruflich nötige Literatur, Lexiken und Nachschlagewerke nicht einführen.

— Die für unsere Medien tätigen Korrespondenten werden im Ostblock nach wie vor in der Nachrichtenbeschaffung behindert, am meisten in der Sowjetunion, in der Tschechoslowakei und in Rumänien. In der Tschechoslowakei wurde allen Korrespondenten schweizerischer Zeitungen mit sofortiger Ausweisung gedroht, wenn sie Kontakte mit den Menschenrechtlern oder mit Kreisen um Dubcek unterhielten.

Einem wichtigen Korrespondenten schweizerischer Zeitungen in Moskau ist die Ausweisung angedroht worden, weil er mit Nobelpreisträger SACHAROW gesprochen hat.

— Vor allem in der Sowjetunion werden die schweizerischen (aber auch alle andern ausländischen) Korrespondenten Tag und Nacht pausenlos überwacht, auch der Verkehr mit allen ihren Besuchern. Einheimische werden in Moskau beim Versuch, Schweizer-Journalisten in deren Wohnung aufzusuchen, rücksichtslos zurückgewiesen, wenn sie sich nicht in offizieller Mission befinden. Mehrfach und immer wieder sind einzelnen schweizerischen Journalisten Visa für Reisen vor allem nach der UdSSR, nach Polen, der Tschechoslowakei, der DDR verweigert worden, nicht dagegen nach Rumänien, wo sie aber genauestens überwacht werden.

— Einer international führenden schweizerischen Zeitung ist es auch im letzten Jahre nicht gelungen, mehr als 50 Exemplare nach der UdSSR zu exportieren. Gesuche um Mehrlieferung wurden beharrlich nicht beantwortet. In den übrigen kommunistischen Ländern ist die Lieferungsöglichkeit der besagten Zeitung zahlenmässig noch herabgesetzt worden. Im Ostblock werden daneben kommunistische Zeitungen des Westens in

grosser Zahl aufgelegt und verkauft, wobei allerdings auch diese dann nicht erhältlich sind, wenn sie sich, wie "L'Humanité", kritische Artikel erlauben.

Eine erstaunliche Ausnahme besteht seit 15 Jahren in Polen, wo seit dieser Zeit 200 Exemplare des "Journal de Genève" geliefert werden können. Es kann aber keine Erhöhung festgestellt werden. Der Wunsch der Zeitung, die Einnahmen aus dem Verkauf der erwähnten Exemplare in eine in der Schweiz konvertierbare Währung umwandeln zu können, ist auch nach Helsinki nicht erfüllt worden.

— Es ist den Presseverbänden bekannt, dass Botschaften kommunistischer Ostblockstaaten immer wieder versuchen, beim EPD gegen ihnen nicht genehme Berichte zu protestieren und das journalistische Quellengeheimnis zu brechen. Wir sind der Meinung, dass Interventionen dieser Art zwar nicht verhindert werden können, ihrerseits aber der äussere Ausdruck einer Geisteshaltung sind, welche mit dem 3. Korb der Schlussakte von Helsinki, Kapitel "Information", nicht vereinbar ist. Das EPD sollte sich weigern, schweizerische Zeitungen auf solche Interventionen auch nur aufmerksam zu machen.

— Zu Versuchen des Austausches von Berichten und Stellungnahmen zwischen schweizerischen Zeitungen und solchen kommunistischer Länder im Osten Europas ist zu sagen, dass sie ohne Erfolg geblieben sind. Dass die Nachrichtenagentur NOWOSTIJ ihre (Gratis-) Berichte an schweizerische Zeitungen vor allem der welschen Schweiz mengenmässig vergrössert und verfeinert hat, wird zwar von den Redaktionen als positiv, leider aber als "Einbahnstrasse" empfunden. Die grössten welschen Zeitungen können keine Exemplare nach dem Ostblock senden.

— Am "gesamteuropäischen Jugend- und Studententreffen" (19.-24.6.1976 in Warschau) wurden alle Gesuche schweizerischer Berichterstatter um freien Zutritt zu den Veranstaltungen abgewiesen.

Ebenso wurden alle Gesuche schweizerischer Berichterstatter für eine Teilnahme am Prozess in Warschau gegen Arbeiter des Traktorenwerkes "Ursus" im Juli 1976 abgelehnt.

— Ein Ost-Spezialist einer Schweizer-Zeitung ist auch nach seiner Ausweisung aus Prag 1969 in der Schweiz das Opfer unverschämter Pression. Auch in unserem Lande ist er immer noch anonymen Telefonen, Todesdrohungen, Ueberwachungen usw. ausgesetzt.

— Schliesslich ergibt sich die grundsätzliche Gesamthaltung des kommunistischen Ostblocks zur Information nach Auffassung der schweizerischen Medienverbände in ebenso klarer wie entlarvender Weise aus dem Versuche der Sowjets, der UNESCO eine Medien-Erklärung aufzudrängen, welche sämtliche westlich-demokratischen Begriffe über die Freiheit der Arbeit der Medienschaffenden, über die Freiheit der Medien selbst und über den freien Fluss der Information zerstört hätte, dagegen die Pflicht der Staaten deklarieren sollte, Propaganda anderer Staaten in allen Medien aufzunehmen. Gerade die Geschichte dieses Medienpapiers beweist, dass von den osteuropäischen Ländern alles versucht worden ist — und in Zukunft ohne Zweifel noch versucht wird — um die Ergebnisse der Schlussakte von Helsinki vor allem im Kapitel "Information" vollständig zu entwerten.

— Es wird von Seiten unserer Mitglieder als besonders enttäuschend vermerkt, dass Zeitungen, wie "Rude Pravo" in der Schweiz über unser Land Lügen verbreiten könne wie z.B. , die Emigranten stürben bei uns Hungers, und fast die ganze Arbeiterklasse der Schweiz ersehne den Sowjet-Sozialismus, während es keiner grossen welschen Zeitung möglich ist, nach dem Ostblock auch nur einzelne Exemplare zu liefern.

In gleicher Weise ist die hanebüchene Behauptung einer führenden russischen Zeitung ganz übel aufgenommen worden, wonach Jeanmaire kein Verräter und angeblich gegen ihn von "Entspannungsgegnern" eine Kampagne geführt worden sei. Der Umstand, dass Tatsachen in dieser schamlosen Weise verdreht und in lügnerischer Art desinformiert werden kann, ist für viele unserer Mitglieder ebenfalls ein Beweis dafür, wie völlig wertlos alle Absichtserklärungen im Kapitel "Information" des 3. Korbes der KSZE 1975 gewesen sind. Nachdem Herr Bundesrat Pierre Graber in einer Ansprache in Helsinki am 30.7.1975 erklärt hat, dass die Beachtung

- 5 -

der Grundfreiheiten zu einem positiven Beitrag der Konferenz zum System der zwischenstaatlichen Beziehungen werden könne, und, dass gerade die Fortschritte im Bereich der menschlichen Beziehungen in der schweizerischen Bewertung der Bilanz der Konferenz ganz besonders ins Gewicht fielen, wird diese Art der Desinformation als besonders bedauerlich vermerkt.

Was die Frage von neuen Initiativen der Schweiz in Belgrad und später im Herbst betrifft, so lauten die uns zugegangenen Antworten verständlicherweise und gelegentlich etwas höhnisch so, man solle vorläufig auch nur die teilweise Anwendung der Schlussakte von Helsinki auf dem Gebiete der Information verlangen, statt eine sich ständig noch verschlechternde Lage im Gebiete der Medien ohne Protest hinzunehmen.

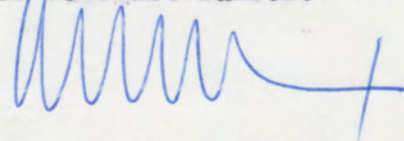
Im übrigen ist uns aus Journalisten-Kreisen die Information zugegangen, dass "eher kirchliche Kreise" einen Vorschlag für die Schaffung eines "europäischen Ombudsmannes für humanitäre Fragen" vorschlagen würden.

Wir begrüßen Sie, sehr geehrter Herr Doktor, mit dem Ausdruck unserer

vorzüglichsten Hochachtung

VERBAND DER SCHWEIZER JOURNALISTEN

Der Geschäftsführer:



Fürspreh H. Seelhofer

PS. Die Tatsache, dass letzte Stellungnahmen erst noch heute bei uns eingegangen sind, ist Schuld daran, dass wir unseren Bericht erst im letzten Augenblick vor der morgigen Sitzung haben beenden können. Auch so müssen wir unse weitere Ergänzungen zur Sache immer noch vorbehalten, wofür wir um Verständnis bitten.